

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

№ XXIV/219

Bonn, den 14. November 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>"Eskalation von Protestmaßnahmen"?</u> Vor Scharfmacherei wird gewarnt Von Dr. R. M. Schmidt, Gellersen, MdB	46
2	<u>Der Vernunft entsprechend</u> Moskaus Anregungen zur europäischen Sicherheitskonferenz	43
3 - 5	<u>England auf dem Wege zur Schule von morgen</u> Chancengleichheit - nicht nur ein leeres Wort Von Edward Short, Minister für Unterricht und Wissenschaft im Kabinett Wilson	134
<u>A N H A N G</u>		
	<u>"Gipfel der Tollwut"</u> Moskau: Chinesenkinder sollen alle Bücher lesen	39

## "Eskalation von Protestmaßnahmen"?

Vor Scharfmacherei wird gewarnt

Von Dr. R. M. Schmidt, Gellersen, MdB

Der Kritik des Deutschen Bauernverbandes an dem derzeitigen System der EWG-Agrarpreise ist im Grundsatz zuzustimmen. Wie in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt und in den Ausführungen der Bundesminister Prof. Schiller, Dr. Möller und Ertl im Parlament und in der Öffentlichkeit immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, wurde diese Kritik von der Bundesregierung geteilt.

Die Ereignisse seit der Franc-Abwertung Mitte dieses Jahres haben für jeden erkennbar gemacht, daß die Wirtschaftsgemeinschaft nunmehr an einer Wegscheide angekommen ist: Entweder gelingt es, eine Abstimmung in der Wirtschafts- und Währungspolitik herbeizuführen oder der "grüne Dollar" muß aufgegeben werden.

Eine Entscheidung darüber läßt sich aber nicht von einem Tag zum anderen erzwingen. Sie muß in Verhandlungen der nächsten Wochen und Monate sorgfältig vorbereitet werden. Die Bundesregierung kann nicht ihre Vorstellungen den anderen Partnerländern aufzwingen; sie muß versuchen, zusammen mit der Kommission und den übrigen Regierungen eine Lösung zu finden.

Das weiß natürlich auch der Deutsche Bauernverband. Ihm ist ebenso bekannt, daß die Aufwertung der Mark nur zu umgehen gewesen wäre, wenn man eine auch von der Landwirtschaft abgelehnte Anpassungs-inflation zugelassen hätte. Und er weiß schließlich, daß Koalition und Bundesregierung entschlossen sind, die aus der Bindung der EWG-Agrarpreise an die Rechnungseinheit entstehenden Einkommensverluste der Landwirtschaft nach der Aufwertung der DM voll auszugleichen. Darüber ist in Brüssel hart verhandelt worden; das Ergebnis ist auf jeden Fall bedeutend besser, als es eine anders zusammengesetzte Bundesregierung hätte erreichen können.

In Kenntnis aller dieser Tatsachen hat es jedoch die Führung des Deutschen Bauernverbandes für richtig gehalten, eine "Eskalation von Protestmaßnahmen" anzukündigen, falls nicht von heute auf morgen eine Entscheidung getroffen wird, die ihren Vorstellungen entspricht.

Diese Taktik des "Alles oder Nichts" ist mehr als bedenklich. Die Verbandsspitze läuft Gefahr, daß der Verdacht aufkommt, ja aufkommen muß, mit einer künstlich geschürten Aufregung andere als sachliche Interessen zu verfolgen. Damit kann der Landwirtschaft nicht gedient sein. In der gegenwärtigen Lage muß die Führung des Deutschen Bauernverbandes vielmehr alles vermeiden, was sie in den Geruch bringen könnte, sie betriebe parteipolitische Geschäfte.

Die Kritik aus den Reihen ihrer Mitglieder wegen der einseitigen Ausrichtung des letzten Deutschen Bauerntages in Mainz dürfte deutlich gemacht haben, daß die Landwirtschaft eine parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung wünscht. Es muß deshalb die deutliche Warnung ausgesprochen werden, nicht durch Scharfmacherei mit falscher Zielrichtung jenen Kredit aufs Spiel zu setzen, den die Landwirtschaft nicht zuletzt durch die Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit gewonnen hat.

Der Vernunft entsprechend

Moskaus Anregungen zur europäischen Sicherheitskonferenz

sp - Die Moskauer Parteizeitung PRAWDA hat jetzt in einem längeren Artikel dargelegt, welche Möglichkeiten sich für eine Entspannung in Europa bieten könnten, wenn man bei der in Aussicht genommenen europäischen Sicherheitskonferenz auch die Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost und West ansteuert und löst. Die in dem PRAWDA-Artikel enthaltenen Anregungen sind besonders deswegen bemerkenswert, weil sie nicht mit politischen Maximalforderungen verbunden werden und in ihrem Kern der Vernunft entsprechen. Beachtung verdienen sie aber auch, weil sie indirekt auf eine Rede Bezug nehmen, die der Bundeskanzler und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, am 16. Juni 1969 in Eastbourne auf dem Kongreß der Sozialdemokratischen Internationale gehalten hat. Brandt sagte damals:

- \* "Mir scheint, auch im Osten wächst das Verständnis dafür, daß man behutsam vorangehen muß. Es liegen manche Anzeichen einer Entwicklung vor, die nicht nur taktisch erklärt werden können. Jedenfalls wäre es töricht, die Parteiführer und Staatsmänner des Ostens nicht beim Wort zu nehmen. Ich denke nicht zuletzt an die bemerkenswerte Rede des polnischen Parteichefs Gomulka, die hoffentlich Möglichkeiten für den Beginn eines deutsch-polnischen Gesprächs eröffnet.
- \* Bei dem Ausloten der im Appell von Budapest enthaltenen Möglichkeiten sollten auch unkonventionelle Ansatzpunkte nicht übersehen werden. Hier denke ich vor allem an die Stelle, an der gemeinsame Projekte auf so wichtigen Gebieten, wie im Energie- und Verkehrswesen oder der Umweltbedingungen (Wasserwirtschaft, Luftreinigung, Gesundheitswesen) vorgeschlagen werden.
- \* Als ich dies las, war es mir, als begegnete ich einem alten Bekannten. Ich habe selber vor fünf Jahren, als ich noch Berliner Bürgermeister war, gesamteuropäische Infrastrukturvorhaben angeregt und eine Konferenz der Verkehrsminister vorgeschlagen. Es gibt keine vernünftigen Gründe, solche Fragen nicht schon vor einer Sicherheitskonferenz anzupacken. Ich meine, Regierungen, Wirtschaft und Wissenschaft in Ost und West sollten schon jetzt nach Wegen der Kooperation suchen, damit auf möglichst vielen Gebieten nützliche Gespräche geführt werden können. Wirkliche Fortschritte in der praktischen Zusammenarbeit werden auch der europäischen Sicherheit zugute kommen".

Ein Vergleich dieser Rede Brandts mit den jetzt von der PRAWDA veröffentlichten Anregungen zur Thematik einer europäischen Sicherheitskonferenz läßt hoffen, daß man auch in Moskau eine Versachlichung der Beziehungen zwischen den ost- und westeuropäischen Staaten für notwendig hält.

+ + +

England auf dem Wege zur Schule von morgen

Chancengleichheit - nicht nur ein leeres Wort

Von Edward Short, Minister für Unterricht und Wissenschaft  
im Kabinett Wilson

- \* Im Finanzjahr 1968/69 überschritten in Großbritannien die Aus-
- \* gaben für das Erziehungswesen zum erstenmal den Verteidigungsetat,
- \* und dennoch sollen die Aufwendungen noch weiter erhöht werden. Den
- \* äußeren Rahmen für die Verwirklichung neuer und moderner Ideen in
- \* allen Bereichen des Erziehungswesens wird ein neues Gesetz bilden,
- \* das in Kürze verabschiedet werden soll. Seine Grundgedanken, die
- \* auch für deutsche Bildungsplaner von Interesse sein dürften, legt
- \* im folgenden Artikel der britische Unterrichts- und Wissenschafts-
- \* minister, Edward Short, dar.

Im britischen Bildungswesen ist gegenwärtig ein bedeutsamer Prozeß der Expansion, der Neuerungen und der Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten im Gange. Die Aufwendungen für das Erziehungswesen haben sich in den vergangenen Jahren wesentlich erhöht, was nicht nur die wachsende Zahl der in der Ausbildung befindlichen jungen Leute widerspiegelt, sondern auch die verbesserten Vorkehrungen auf vielen Ebenen.

Neue Lehrmethoden und die Neugestaltung der Lehrpläne prägen heute das Bild im schulischen Bereich, beginnend beim Schulanfänger bis hinauf zum Besucher weiterführender Ausbildungsstätten. Die höheren Schulen werden gegenwärtig reorganisiert, um letztlich wirklich umfassende Möglichkeiten für alle Kinder bieten zu können, und die Pläne, die allgemeine Schulpflicht ab 1972/73 um ein Jahr bis zum Alter von 16 Jahren auszudehnen, sind weit fortgeschritten. So kann im kommenden Jahr das 100jährige Bestehen des "Education Act" (Gesetz über das Bildungswesen) von 1870 vor dem Hintergrund beachtlicher Leistungen und stetigen rasiden Fortschritts begangen werden.

Mehr für die Bildung als für die Verteidigung

Im Finanzjahr 1968/69 erhöhten sich die Staatsausgaben für das Bildungswesen in Großbritannien auf 2,3 Milliarden Pfund und überstiegen damit zum erstenmal den Verteidigungsetat. Das Land wendet gegenwärtig etwa sechs Prozent seines Bruttosozialprodukts für das Bildungswesen auf gegenüber weniger als vier Prozent eines wesentlich geringeren Bruttosozialprodukts vor zehn Jahren. Die für Schulneubauten aufgebrauchten Mittel haben in den vergangenen Jahren Rekordhöhen erreicht, und es werden heute mehr Lehrer ausgebildet und eingestellt als je zuvor. Die Zahl der Schüler in den Grund- und höheren Schulen stieg von 7 Millionen im Jahr 1964 auf 7,75 Millionen Anfang dieses Jahres. Doch diese Zunahme wird mehr als wettgemacht durch die Erhöhung der Zahl der voll ausgebildeten Lehrer um über 40.000, so daß sich auch das prozentuale Verhältnis Lehrer/Schüler verbessert hat. Eine vorrangige Aufgabe im kommenden Jahrzehnt wird es sein, noch

weitere Verbesserungen zu erreichen, wobei die jüngeren Schulkinder die ersten sein sollen, die davon profitieren. Die Bemühungen auf diesem Gebiet zielen insbesondere darauf ab, die noch bestehenden überfüllten Klassen zu verkleinern.

Die Hauptaufgabe des Bildungswesens in Großbritannien wird darin gesehen, jegliche Talente eines Kindes so weitgehend wie möglich zu entwickeln. Der Impuls zu den gegenwärtigen Neuerungen entspringt neuen Erkenntnissen über die Einstellung und die Lernweise von Kindern. Andere wichtige Faktoren sind die industrielle Modernisierung und die technischen Entwicklungen außerhalb der Schule, die ebenfalls im Unterricht berücksichtigt werden müssen.

#### Neue Lernmethoden

In den vergangenen Jahren hat man sich in einer wachsenden Zahl von Schulen in immer mehr Lehrfächern neue Methoden zu eigen gemacht. Mathematische Begriffe beispielsweise werden den Kindern durch praktische Anwendung klargemacht und eingeprägt und nicht mehr durch stures Auswendiglernen. Das Verständnis für eine wissenschaftliche Methode wird durch das Lösen von konkreten Problemen erreicht und nicht mehr durch die passive Aufnahme von reinen Informationen. Schon in Grundschulen wird heute häufig Französisch unterrichtet, und wir sind dabei, die Möglichkeit zu schaffen, daß jedes Kind in der Schule mindestens eine Fremdsprache lernt.

#### Vorschulerziehung für Kinder unter 5 Jahren

Man hat in Großbritannien erkannt, daß, wenn das Ziel der vollen Entwicklung der Talente eines jeden Kindes erreicht werden soll, nicht nur Chancengleichheit in der Ausbildung geboten werden muß, sondern auch die Hindernisse aus dem Weg geräumt werden müssen, die es manchen Kindern unmöglich machen, diese Chancen zu nutzen. Hierzu gehören hauptsächlich soziale Handikaps, wie beispielsweise eine ärmliche Umgebung in einer alten Industriestadt; aus diesem Grunde lenken wir jetzt zusätzliche Mittel dorthin, wo sie am dringendsten erforderlich sind. Ein wichtiges neues Element in diesem Programm ist die Vorschulerziehung für Kinder unter fünf Jahren - in Großbritannien sind im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern bereits die Fünfjährigen schulpflichtig.

Wir beenden jetzt die Praxis, Kinder im Alter von elf Jahren durch Prüfungen für die verschiedenen Arten von höheren Schulen auszuwählen, und sind dabei, das gesamte höhere Schulwesen nach dem Prinzip der Gesamtschule umzugestalten. Dieses System ist sowohl vom pädagogischen als vom sozialen Gesichtspunkt her gesehen gerechter. Die alte Auffassung, daß der Mensch mit einer festgelegten, unveränderlichen Gabe, "Intelligenz" genannt, geboren wird, ist für die britischen Erziehungswissenschaftler heutzutage nicht mehr akzeptabel. Prüfungen sind nur ein sehr unzuverlässiges Mittel zur Bestimmung akademischer Begabungen,

Insbesondere in den ersten Schuljahren, da jedes Kind sein eigenes Entwicklungstempo hat.

### Die Zeit der Prüfungen

Größere Bedeutung erlangen Prüfungen, wenn der Zeitpunkt der Schulentlassung näherückt. Die Prüfungen für die einfache Stufe des "General Certificate of Education" (GCE) werden im allgemeinen im Alter von 16 Jahren abgelegt, die höhere Stufe des GCE zwei Jahre später. Die Prüfung ist nicht obligatorisch; dennoch steigt die Zahl der Schulabgänger, die sie versuchen, ständig an, und die Ergebnisse haben sich in der letzten Zeit bei beiden Stufen auffallend verbessert. Seit 1965 gibt es noch eine weitere Prüfung für Schüler, die fünf Jahre lang eine höhere Schule besucht haben - das "Certificate of Secondary Education" (CSE); durch das die Leistungen einer großen Zahl von nicht so sehr akademisch begabten, aber dennoch fähiger und intelligenten Kindern bewertet werden sollen. Durch die Einführung des CSE sind schon viele Kinder ermutigt worden, über das gegenwärtige gesetzliche Schulentlassungsalter von 15 Jahren hinaus auf der Schule zu bleiben.

Im Jahre 1963 wurde im Robbins-Bericht ein neues "Planziel" für die Erhöhung der Zahl der Studierenden an Universitäten, Fachschulen und Pädagogischen Hochschulen gesetzt, das jedoch weit überschritten wurde. Die Zahl dieser Studierenden betrug 1968/69 nicht, wie hier geplant, 135.000, sondern schätzungsweise mehr als 400.000 - das entspricht einer Zunahme um mehr als 68 Prozent gegenüber dem Jahr 1963/64.

### Polytechnische Ausbildung

Eine weitere sehr bedeutende Entwicklung auf dem Gebiet der Hochschulausbildung ist der Plan der Regierung, als Ergänzung der Universitäten 30 Polytechnika in England und Wales zu gründen. Diese Polytechnika sollen wichtige Zentren der höheren technischen Fachschulbildung mit einem umfassenden Angebot an Kursen darstellen, die auf ein allgemeines Diplom oder einen akademischen Grad vorbereiten. Hierbei steht es den Studierenden frei, je nach Wunsch von einem Kurs zum anderen überzuwechseln. - Gleichzeitig befaßt sich die Regierung auch mit der Zukunft der Erwachsenenbildung.

### Die "offene Universität"

Eine weitere historische Neuentwicklung ist die Schaffung einer "offenen Universität", die weitgehenden Gebrauch von den Möglichkeiten des Rundfunks, von Fernlehrgängen und örtlichen Seminaren machen und ihre eigenen Diplome und akademischen Grade verleihen wird. Die britische Regierung ist der Überzeugung, daß es eine große Zahl potentieller Studierender gibt, die unter den bisherigen Umständen keine Hochschulausbildung erhalten konnten; daß die Veränderungen in Gesellschaft und Industrie so schnell vor sich gehen, daß viele Menschen umgeschult werden müssen, um mit den Entwicklungen an ihrem Arbeitsplatz Schritt halten oder aber den Arbeitsplatz wechseln zu können; und daß schließlich die "offene Universität", indem sie sich die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet des Hörfunks und des Fernsehens zunutze macht, zu Experimenten mit neuen Unterrichtsmethoden anregen wird.

Die Regierung befaßt sich gegenwärtig intensiv mit den Vorbereitungsarbeiten für ein neues Gesetz über das Bildungswesen, das den gesetzlichen Rahmen für das Unterrichtswesen in künftigen Jahrzehnten bilden wird.

G L O S S E

"Gipfel der Tollwut"

Moskau: Chinesenkinder sollen alle Bücher lesen.

sp - In Moskau scheinen auch nicht alle Uhren gleich zu gehen. Vor allem dann nicht, wenn es sich darum handelt, Chinesen oder "Imperialisten" auf die Hörner zu nehmen.

Da hat doch kürzlich der Lehrer einer Moskauer Mittelschule in "Radio Frieden und Fortschritt" in einer für China bestimmten Sendung behauptet, die sowjetischen Kinder können jedes beliebige Buch lesen. Wörtlich:

- \* "Aufgrund meiner Lehrererfahrung bin ich der Meinung, daß es
- \* immer besser ist, wenn die Kinder mehr lernen. Lenin hatte den
- \* Menschen ins Gedächtnis gerufen, vom langjährigen Wissen der
- \* Menschheit zu lernen. Er sagte, daß man nur dadurch zu einem
- \* echten Kommunisten werden kann".

Nach dieser Offenbarung erzählte der Moskauer Mittelschullehrer seinen Zuhörern in China, die hervorragenden Werke der früheren Generationen seien der Schatz der Menschheit und würden von Generation zu Generation überliefert.

"Wir können nicht verlangen, daß diese Werke kommunistischen Geist enthalten, aber ich bin davon überzeugt, daß solche Bücher für die sowjetische Jugend beim Aufbau einer Weltanschauung nicht schädlich sind"... Und messerscharf schließt der Moskauer Mittelschullehrer das Verbot solcher Bücher für die Jugend würde bedeuten, daß man den Leninismus anzweifelt...

Um aber ganz deutlich zu machen, was er davon hält, daß man in China nur die Mao-Bibel lesen darf, erklärt der Moskauer Mittelschullehrer abschließend:

- \* "Es ist der Gipfel der Tollwut, wenn die Bücher der früheren
- \* Generationen wegen ihres Ursprungs aus der Feudal- oder Sklaven-
- \* zeit als giftige Kräuter abgestempelt werden".

An die eigene Nase denkt der Moskauer Mittelschullehrer offenbar nicht. Auch nicht an die Nase seiner Parteifreunde in den meisten kommunistisch regierten Ländern; vor allem in der DDR. Sowohl in der Sowjetunion, als auch in der DDR, war man in früheren Jahren ängstlich darauf bedacht, den Nachwuchs mit einer Literatur in Berührung kommen zu lassen, die der jeweiligen Parteiführung nicht in den Kram paßt. Sogar bestimmte Karl Marx-Ausgaben wurden frisiert, von Stalin-Büchern ganz zu schweigen.

Immerhin, wenn jetzt der Moskauer Mittelschullehrer seinen Zuhörern in China sagt, das Verbot andere als kommunistische Bücher zu lesen, sei der "Gipfel der Tollwut", kann man wohl noch hoffen.